

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2.50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle in
Leipzig, Zeiger Straße 30, IV.,
(Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgepaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einblendung auf Postfach-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abchluss: Montag vormittag 10 Uhr

Nr. 47

Sonnabend, den 19. November 1927

31. Jahrgang

Schäden im Berufsleben der Steinmehnen

Die Kunststein- und Betonbearbeitung durch Steinmehnen hat im verflochtenen Jahrzehnt Blüten hervorgebracht, die im Berufsleben der Steinmehnen recht unangenehm duften, und zwar so unangenehm, daß dadurch das traditionell-kollektive und solidarische Zusammenhalten der Steinmehnen, besonders in den Großstädten, direkt vergiftet wird. Zweifellos sind es die wirtschaftlichen Verhältnisse, die den Steinmehnen so hart bedrängen und nun diese Giftplanze so gut düngen, daß sie für das Gesellen- und Berufsleben der Steinmehnen recht gefährlich wuchert. Nun hören wir demgegenüber oft, daß diese Zustände stärker sind wie die einzelnen Steinmehnen, das ist sicherlich nicht falsch; dennoch muß gefragt werden: Können wir diesen unleidlichen Zuständen eine geschlossene Kraft entgegenstellen? — Jene Kraft, die in der beruflichen Vergangenheit der Steinmehnen immer angewandt wurde, um Mißstände im Beruf zu beseitigen oder einzudämmen? — Ist das Berufsleben der Steinmehnen in der Vergangenheit nicht überaus reich an Beispielen, um daraus für die Gegenwart und Zukunft die nötigen Lehren ziehen zu können? — Diese Fragen aufwerfen, bedeutet zugleich ohne jede Einschränkung die **Bejahung!** Also nur Selbsthilfe kann bis zu einem gewissen Grade den Zuständen ein Ende bereiten, denn sie bedeutet Zusammenhalt, bedeutet Solidarität, bedeutet aber auch scharfen unablässigen Kampf gegen den Fatalismus, der einige unserer Kollegen leider schon befallen hat, indem sie sagen: „Es nützt ja doch nichts!“

Bewußter, organisierter Kampf steht voraus, die Schäden zu erkennen, die in der Verdingung und Entlohnung für die steinmehnmäßige Bearbeitung von Kunststein und Beton sich eingemischt haben. Aus allen Bezirken unseres Verbandsbereiches liegen Klagen vor über die erwähnten Zustände. Unsere Redaktion hat nun die Gauleiter veranlaßt, ihre Erfahrungen, Beobachtungen und Feststellungen auf diesem Gebiet innerhalb ihres Wirkungsbereiches zu schildern. Zum Teil liegen die gewünschten Schilderungen vor, sie kommen so der Reihe nach zum Ausdruck, wie sie, nach dem Datum bemessen, eingelaufen sind. Geplant ist, diese Abhandlungen, die die Verhältnisse in den einzelnen Gauen widerspiegeln, später in einer Broschüre zu vereinen und mit einer Schlussabhandlung zu versehen, die aus allen den Berichten die nötigen Folgerungen zieht, um so den Steinmehnen gewisse Richtlinien in die Hand zu geben für den Kampf gegen die erwähnten Mißstände! Jeder Kollege, der in der Abwehr dieser unleidlichen Zustände an ihrer Eindämmung und Beseitigung nicht mitschitt, macht sich eines **Vergeßens schuldig**, dessen Folgen sich gegen ihn, gegen seine Existenz, ja gegen jene der gesamten Steinmehnen auswirken werden. **Darum aufrufft und gemeinschaftlich das Uebel berrannt und beseitigt.** Der erste Bericht lautet:

Unersreuliches vom Kunststein und Beton.

Die Gewerbetreibende im Zusammenhang mit dem Erfindergeist, das Streben nach höheren Gewinnen und der allgemeine Wettlauf zur „Beglückung“ des Marktes mit „besseren und billigeren“ Erzeugnissen, das sind wohl die Hauptursachen, daß wir heute auch in Deutschland trotz unserer sehr reichen Bodenschätze an wirklich guten Natursteinmaterialien aller Art auch den Kunststein und Beton mit in unsere berufliche Wirtschaftsrechnung zu stellen haben. Vom Randstein über die Trottoirplatte, von der Haustreppe zur Fassade stoßen wir heute auf Kunststein und Beton. Von den „Kunstdenkmälern“, die heute unsere Friedhöfe, „verherrlichten“, wollen wir dabei noch ganz schweigen. Der Umfang der Kunststein- und Betonverwendung wird in den einzelnen Gebieten von der Nähe guten Natursteinmaterials und den damit verbundenen Frachtkosten wesentlich beeinflusst. Gewiß gibt es auch Architekten, die nur in der Verwendung von Kunststein und Beton alles Heil erblicken und die glauben, daß zur Schaffung von Kunstwerken auch nur Kunstmaterial, in diesem Falle also nur Kunststein, Verwendung finden kann. Da Religion bekanntlich Privatangelegenheit ist, wollen wir auch diese Herren nicht hindern, nach ihrer Fasson selig zu werden.

Für uns wäre es vergebliche Mühe, wenn wir uns hier mit der Frage beschäftigen wollten, ob die Verwendung des „Kunstmaterials“ ihren Höhepunkt erreicht hat, oder im Zu- und Abnehmen begriffen ist. Die bisher in der Praxis mit diesen Materialien gemachten Erfahrungen sind noch zu gering, um hier zu feststehenden Schlussfolgerungen zu gelangen. Der Kunststein und Beton ist da, wir müssen uns mit dieser Tatsache abfinden. Für uns als die wirtschaftliche Interessensvertretung der in Kunststein und Beton beschäftigten Kollegen dreht es sich in der Hauptaufgabe darum, zu prüfen, welchen Einfluß dieses „Kunstmaterial“ auf die Natursteinindustrie ausübt, unter welchen Verhältnissen unsere auf Kunststein und Beton beschäftigten Kollegen zu leiden haben und mit welchen Mitteln wir in der Lage sind, die Auswüchse bei der Verarbeitung des „Kunstmaterials“ zu beschneiden. Die Beantwortung dieser Fragen erinnert uns an Vorgänge, die alles andere, nur nicht erfreulich sind. Die erste und sehr bedauerliche Erscheinung bei der Einführung des Kunststeins und Betons bestand darin, daß die Unternehmer in der Natursteinindustrie auf den ganz tollen Einfall kamen, daß nur durch eine wesentliche Senkung der Löhne in der Natursteinindustrie der Wettbewerb mit dem neuen Kunstmaterial möglich sei. Besonders unsere Kollegen in den Granitgebieten hatten sehr schwer unter dieser Lohnabbaukrankheit der Unternehmer zu leiden. Randsteine, Trottoirplatten, Treppentufen usw. zählten in den Granitgebieten schon von jeher zu den täglich herzustellenden Massenartikeln. Die Lieferung solcher Arbeiten setzte in der Regel ganz bestimmte Vorräte voraus. Mit der Herstellung dieser Vorräte konnten sich viele Betriebe über den sonst lieferungsarmen Winter hinwegsetzen, also auch während des Winters mit Hilfe dieser Arbeiten ihre Betriebe aufrechterhalten. Es war ja Gewißheit vorhanden, daß sich für diese Winterarbeit leichte Abzugsmöglichkeit bot und dadurch ein bestimmtes Risiko mit diesen Vorratsarbeiten für den Unternehmer nicht verbunden war. Berücksichtigt muß jetzt dabei noch die Tatsache werden, daß die Entlohnung unserer Kollegen für diese Arbeiten schon vor der Einführung des Kunststeins und Betons ganz außergewöhnlich schlecht war. In diesem Stadium altgewohnter Arbeit wird das Kunstmaterial auf den Markt geworfen, die Unternehmer der Natursteinindustrie bekamen es mit einer heillosen Angst zu tun und in den Granitgebieten Deutschlands war das Unheil fertig. Ohnehin unzureichende Löhne auf der einen Seite und auf der anderen das Streben der Unternehmer, den Wettbewerb mit dem Kunststein und Beton nur durch weitere Herabsetzung der Löhne aufzunehmen, richtete eine heillose Verwirrung an. Die allgemeine Verarmung als Folgeerscheinung des unheilvollen Krieges mit dem damit verbundenen Streben nach möglichst billigen Baumaterialien hatte die zunehmende Verwendung des Kunststeins und Betons ganz außerordentlich begünstigt. Alte Absatzgebiete waren verlorengegangen

und neue mußten erschlossen werden. Nerven von Stahl waren notwendig, um in dieser Situation den Kopf nicht zu verlieren und bei den jeweiligen Lohnverhandlungen die realen Grundlagen im Auge zu behalten. Es ist jedenfalls nicht zuviel gesagt, daß heute bereits eine erfreuliche Besserung zu verzeichnen ist. Die Erfahrung hat bereits gelehrt, daß der Kunststein und Beton nicht immer einen vollwertigen Ersatz für gutes Natursteinmaterial darstellt und daß daher als weitere Folgeerscheinung das Natursteinmaterial wieder zunehmende Verwendung findet. Es besteht daher die Gewißheit, daß sich das Gute doch behauptet und das Natursteinmaterial durch das Kunststeinmaterial niemals ausgeschaltet werden kann.

So unersreulich die Ergebnisse waren, die wir bei der Einführung des Kunststeins und Betons machen mußten, so unersreulich sind auch die Verhältnisse, unter denen heute besonders unsere Kollegen in den Städten bei der Verarbeitung des Kunststeins zu leiden haben. Die Unternehmer waren vielfach der Auffassung, daß neben der billigen „Erzeugung“ des Kunststeins auch die **Be-**arbeitung eine wesentlich billigere als jene des Natursteins sein müßte. Neben dem Steinmehnen wurden auch Maurer, Bühler und sogar auch Hilfsarbeiter zur Bearbeitung des Kunststeins und Betons herangezogen. Daß dabei die Kunst in der Handhabung des Scharriereisens in die Brüche ging, spielte ja bei der Einführung der neuen „Kunst“ gar keine Rolle, und der Gebrauch des Stockhammers war nach der Auffassung vieler Unternehmer eine Sache, die auch der Hilfsarbeiter verstanden wurde. Hinzu kam noch, daß die neue „Kunst“ auch ein neues und sehr willkommenes Betätigungsfeld für alle möglichen Unternehmerrgruppen darstellte. Das sehr verwerfliche Anteraktordantenwesen kam auch hier zur Geltung und sind dabei leider auch unsere Kollegen nicht immer von Schuld und Sünde freizusprechen. Mit dem Hinweis, daß man doch nicht verlangen könne, für 1,50 Mk. im Stundenlohn zu arbeiten, wenn die Möglichkeit besteht, 2 und 3 Mk. pro Stunde im Afford zu verdienen, fand auch hier die Affordarbeit von unseren Kollegen ihre Begründung. Alle gewerkschaftlichen Grundzüge blieben unbeachtet, die betreffenden Kollegen waren zufrieden, still ruhte der See und die Unternehmer lachten sich ins Fäustchen. Die Unternehmer waren glücklich, daß unsere Kollegen auf die Leimrute der Affordarbeit auch in der Kunststeinbearbeitung gehüpft waren, die „Regulierung“ dieser Affordarbeit besorgten die Unternehmer im Laufe der Zeit ganz von selbst, und zwar recht gründlich.

Jeder denkende Kollege mußte sich von vornherein darüber klar sein, daß die Entwicklung der Dinge nicht so weiter gehen kann und daß hier materiell und wirtschaftlich ein Rückschlag unvermeidlich ist. Die Anzeichen dieses Rückschlages machen sich heute bereits recht unangenehm bemerkbar. In allen Orten führen die mit der Kunststein- und Betonbearbeitung betrauten Kollegen bereits lebhafte Klagen darüber, daß sich neben der unzureichenden Entlohnung auch noch ganz unhaltbare Zustände in der Kunststeinbearbeitung herausgebildet haben. Diese unangenehmen Zustände so rasch als möglich zu beheben, soll und muß unsere Aufgabe sein. Leicht wird uns diese Aufgabe nicht werden. Daß es nicht möglich ist, auf lokaler Grundlage greifbare Erfolge zu erzielen, das beweisen ja die vielen und leider erfolglosen Anstrengungen der einzelnen Zahlstellen. Wir müssen also diesen „Angriff“ zentralisieren! Voraussetzung eines jeden Erfolges dabei ist auch hier, daß wir uns zuerst selbst darüber klar sind, was wir wollen. Unvermeidlich wird daher sein, daß durch den Verbandsvorstand im Einvernehmen der Kollegen entsprechende Richtlinien zur Bekämpfung der entstandenen Auswüchse herausgegeben werden. Dort, wo auch Kollegen anderer Verbände dabei in Frage kommen, muß Uebereinstimmung zur Anerkennung und Durchführung dieser Richtlinien auf örtlicher Grundlage erzielt werden. Gewerkschaftlich organisierten Kollegen muß es unter allen Umständen unterstellt sein, sich in irgendeiner Form an Anteraktordanten zu beteiligen! Läßt sich die Affordarbeit von Fall zu Fall wirklich nicht vermeiden, dann müssen auch für diese Affordarbeiten Tarifverträge in schriftlicher Form zum Abschluß gebracht werden. Sollte es dann Kollegen geben, die sich diesen Maßnahmen zur Bekämpfung unhaltbarer Zustände nicht unterwerfen können, dann müßte gegen diese Kollegen mit allen Mitteln unseres Verbandsstatutes vorgegangen werden.

Diese Gedankengänge mögen gewiß als eine Art Diktatur erscheinen. Gegen tief eingefressene Krankheiten können wir aber mit Hilfe eines Heftpflasters leider nicht mit Erfolg ankämpfen, wir müssen hier schon von der Anwendung aller Radikalmittel Gebrauch machen! Es kann also nur unsere Aufgabe selbst sein, die mit der Kunststein- und Betonbearbeitung für unsere Kollegen verbundenen Mißstände zu beheben. Ist der allseitige Wille dazu vorhanden, dann kann auch der Erfolg nicht ausbleiben. Dieser Erfolg hätte dann zugleich den beachtenswerten Vorteil, daß damit dem heutigen Wettkampf zwischen Kunststein und Natursteinmaterial die Schärfe genommen wäre.

Gau 7. Oktober 1927. Chr. Schmidt.

Soziale Schädlinge und wirtschaftliches Schmarozertum

Der Kampf der Arbeiterklasse um ihren sozialen Aufstieg richtet sich gegen den Kapitalismus. Er ist der Feind, der besiegt werden muß, wenn die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Sinne der gewerkschaftlichen Forderungen umgestaltet werden sollen. Ueber die Schwierigkeiten, die der Erreichung dieses Zieles entgegenstehen, sind sich die durch die gewerkschaftliche Schulung aufklärten organisierten Arbeiter klar. Sie wissen, daß sie es in dem Kapitalismus mit einer gewaltigen Macht zu tun haben, die sie nicht mit einem Schläge niederwerfen können, sondern daß es dazu langer, unausgesetzter und von der organisierten Arbeiterklasse mit aller Energie geführten Kämpfe bedarf, die sowohl auf wirtschaftlichem, wie politischem Gebiete ausgefochten werden müssen.

Einer dieser Kämpfe, der Streik der Braunkohlenbergarbeiter, hat eben seinen Abschluß gefunden. Gegenstand des Kampfes war die Forderung der Arbeiter nach Aufbesserung ihrer infolge der fortgesetzten Preissteigerungen schon seit langem rückständigen Schichtlöhne. Die Erfüllbarkeit ihrer Forderung geht daraus hervor, daß sie von einer Anzahl Gruben, wenn auch unter dem Vorbehalt einer allgemeinen Regelung der Lohnverhältnisse, erfüllt wurde. Von der Mehrzahl der Grubenbesitzer dagegen wurde

sie als völlig undiskutierbar abgelehnt. Mit seltener Einmütigkeit sind daraufhin die Arbeiter in den Streik getreten und haben einen großen Teil der Betriebe zum Stillstand gebracht. Nur die erforderlichen Koststandsarbeiten wurden aufrechterhalten. Der Versuch der Unternehmer, die Einigkeit der Arbeiter durch besondere Vergünstigungen an die Arbeitswilligen zu sprengen, schlug fehl. Dieser Einigkeit haben es die Arbeiter zu danken, daß die staatliche Schlichtungsstelle alsbald eingriff und einen Schiedsspruch fällte, der den Forderungen der Arbeiter ziemlich nahe kam. Mit seiner Annahme und Verbindlichkeitserklärung durch das Reichsarbeitsministerium hat der Streik nach nur einwöchiger Dauer sein Ende erreicht.

So erfreulich diese Tatsache ist, so wird sie doch durch den Umstand beeinträchtigt, daß es auch bei diesem durch die Notlage der Arbeiter und die rücksichtslose Ablehnung ihrer Forderungen provozierten Streik wieder eine Anzahl Arbeiter gab, die sich als Streikbrecher mißbrauchen ließen, und es fertigbrachten, ihren in die Verbesserung der Lebenshaltung kämpfenden Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen. Die Zahl dieser Arbeitswilligen ist zwar nicht so groß, als bei früheren ähnlichen Kämpfen. Von den Unternehmern wird sie mit 11 674 Arbeitern, gleich 21,9 Prozent der Belegschaft, angegeben. Das mag übertrieben sein! Jedenfalls sind in dieser Zahl auch die von der Streikleitung zugelassenen Koststandsarbeiter enthalten. Dennoch bleibt die Zahl der Arbeitswilligen groß genug, um nicht leicht darüber hinweggehen zu können. Handelt es sich doch um eine Erscheinung, die auch bei anderen wirtschaftlichen Kämpfen auftritt und als eine von den Gewerkschaften sehr ernst zu nehmende Gefahr zu betrachten ist.

Der Streikbruch ist eine Handlung, die von den organisierten Arbeitern durch nichts entschuldigt werden kann. Auch nicht durch die Not, die zweifellos bei länger dauernder Arbeitslosigkeit in den Familien der davon betroffenen Arbeiter herbeigeführt wird. Der Streikbrecher ist ein Verräter an den Interessen der Arbeiter, dem von ihnen nur tiefste Verachtung entgegengebracht werden kann. Indem er sich während eines wirtschaftlichen Kampfes dem Unternehmer zur Verfügung stellt, bringt er zum Ausdruck, daß er die Anschauungen seiner organisierten Kollegen über die von den Arbeitern gegeneinander zu übende Solidarität mißachtet, ihrem Klassenbewußtsein völlig fernsteht. Er muß daher als sozialer Schädling betrachtet und bekämpft werden, mögen sich die Unternehmer über ein solches Verhalten gegen arbeitswillige Streikbrecher auch noch so sehr entristen.

In der Regel ist diese Entristung nur Heuchelei, denn die verwerfliche Einschätzung unorganisierter Elemente findet sich nicht nur bei der organisierten Arbeiterschaft, sondern in allen Gesellschaftsschichten. Davon machen auch die Unternehmer keine Ausnahme. Werden doch von ihnen unbenutzte Außenleiter in rücksichtsloser Weise bekämpft und oft genug selbst mit Vernichtung ihrer Existenz bedroht. Es braucht hierfür nur auf die Methoden der Kartelle verwiesen werden. Hier kann man wirklich von Terror reden, den die Unternehmervereinigungen ausüben und für dessen Anwendung ihnen sehr wirksame Mittel zur Verfügung stehen. Die Gewerkschaften befinden sich nicht in gleich günstiger Lage. Rechtlich sind sie zwar den Unternehmervereinigungen gleichgestellt. Trotzdem bietet ihnen die Gesetzgebung keine gleich wirksame Handhabe wie jenen, die außerhalb der gewerkschaftlichen Organisation stehenden Arbeiter zur Erfüllung derjenigen sozialen Pflichten heranzuziehen, die als Voraussetzung für ein erfolgreiches wirtschaftliches Zusammenarbeiten erforderlich werden. Den Gewerkschaften bleibt nur übrig, durch fortgesetzte Belehrung und Aufklärung bei den Arbeitern deren Klassenbewußtsein zu erwecken, zu stärken und sie zur Solidarität gegenüber ihren Klassengenossen in allen Lagen des wirtschaftlichen Kampfes um die soziale Hebung der Arbeiterklasse zu erziehen.

Damit haben die Gewerkschaften unleugbare Erfolge erzielt. Millionen Arbeiter sind ihrem Rufe gefolgt und haben sich gewerkschaftlich organisiert. Sie vollzogen ihren gewerkschaftlichen Anschluß in der Erkenntnis, daß die Arbeiterschaft in der kapitalistischen Gesellschaft eine besondere Klasse bildet, mit der sie untrennbar verbunden sind und nur in und mit ihr zu einer höheren Lebenshaltung aufsteigen können. Desgleichen erkannten sie, daß dieser Aufstieg nur im Wege des organisatorischen Zusammenstehens aller Arbeiter zum solidarischen Kampfe gegen die kapitalistische Ausbeutung zu erreichen ist. Klassenbewußtsein und Solidarität sind so zu Leistern für die organisierte Arbeiterschaft geworden, denen sie folgen und folgen müssen, wenn ihre sozialen und wirtschaftlichen Bestrebungen weiterhin erfolgreich sein sollen.

Um so bitterer und abfälliger muß die organisierte Arbeiterschaft das Verhalten derjenigen Arbeiter beurteilen, die sich allen Werbungsversuchen der Gewerkschaften gegenüber ablehnend verhalten. Gleichgültig und teilnahmslos stehen diese Elemente beiseite, während die organisierten Arbeiter kämpfen und Opfer bringen müssen. Wohl aber sind sie stets dabei, um an den Vorteilen teilzunehmen, die jene den Unternehmern abnötigen. Ihnen fehlt jede Empfindung für das Schmachliche und Unwürdige dieser Haltung, die sie zu elastischen Schmarozern am Körper der Arbeiterbewegung werden läßt. Ihr Indifferentismus gegen die gewerkschaftlichen Bestrebungen der organisierten Arbeiter ist nicht minder verachtenswert wie das Verhalten der arbeitswilligen Streikbrecher, selbst wenn sie nicht direkt als solche auftreten. Indirekt machen auch sie sich des gleichen Verbrechens an der Arbeiterklasse schuldig, indem sie den Widerstand der Unternehmer gegen die gewerkschaftlichen Forderungen stärken und so den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt hemmen.

Gleich dem kapitalistischen Unternehmertum sind deshalb diese unsozialen Elemente der Arbeiterschaft als Feinde der Arbeiterklasse zu betrachten. Sie müssen sogar als die schlimmeren Feinde angesehen werden, denn der Feind in den eigenen Reihen ist immer gefährlicher. Bei den Unternehmern wissen die Arbeiter, mit wem sie es zu tun und was sie von ihnen zu erwarten haben. Bei den Gegnern im eigenen Lager wissen sie es nicht! Jeden Augenblick müssen sie auf einen Verrat von dieser Seite rechnen. Das zeigt, wie dringend notwendig auch der Kampf gegen diese Elemente ist und wie einzig die organisierte Arbeiterschaft in ihrer gesellschaftlichen Ablehnung sein muß, so sie sich gegenüber der gewerkschaftlichen Belehrung und Aufklärung unzugänglich erweisen. Diese Haltung sollte von den organisierten Arbeitern innerhalb wie außerhalb des Betriebes zum Ausdruck gelangen. Eine solche Behandlung dieser Schädlinge und Schmarozern ist ein sehr wirksames Erziehungsmittel, das in weit höherem Maße zur Anwendung kommen sollte als es bisher geschehen ist.

Zahlen, die man sich merken muß

Anlässlich eines Kurses, der von der Reichsarbeitsverwaltung für die in der Praxis stehenden sozialpolitisch tätigen Beamten veranstaltet wurde, hielt auch der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung, Herr Dr. Syrup, einen Vortrag über Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik in Deutschland. In diesem Vortrage, der jetzt im 38. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt veröffentlicht wird, brachte der Vortragende einiges Zahlenmaterial, das im wirtschafts- und sozialpolitischen Leben unserer Zeit noch oft Verwendung finden wird. Wir entnehmen dem Vortrag das nachfolgende Zahlenmaterial:

Die Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches innerhalb seiner heutigen Grenzen (jedoch ohne Saargebiet) betrug 1910: 57,80 Millionen, 1919: 59,18 Millionen, 1925: 62,54 Millionen. Sie hat sich also in der Zeit vom 8. Oktober 1919 bis zum 16. Juni 1925 um rund 3,36 Millionen Köpfe vermehrt, im Jahresdurchschnitt um 590 000.

Durch den Krieg werden als Bevölkerungsverlust angegeben: 2 Millionen Tote, 3 Millionen Kinder, die infolge des Krieges ungeboren blieben, 3 Millionen der Zivilbevölkerung, die durch die Hungerblöde hingerafft wurde. Diesen Verlusten stehen aber erhebliche Gewinne gegenüber: 1,2 Millionen Köpfe, die als Auslandsdeutsche und Flüchtlinge aus abgetretenen Gebieten zugewandert sind, und 4,5 Millionen Menschen als Geburtenüberschuß von 1910 bis 1925 (davon entfielen auf die Nachkriegszeit allein 3,3 Millionen).

Unter den 2 Millionen Toten des Weltkrieges waren 1 950 000 Männer im leistungsfähigen Alter von 18 bis 40 Jahren. Die Zahl der versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten beträgt 722 000, rechnen wir dazu die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfallverletzten, so haben wir gar 1,5 Millionen, deren Einbeziehung in den Arbeitsmarkt mit Schwierigkeiten verbunden ist. Infolge der Kriegsverluste ist der männliche Anteil der Bevölkerung gegenüber dem weiblichen stark zurückgegangen. Während die Volkszählung von 1910 ein Mehr von nicht ganz 0,8 Millionen Frauen aufwies, betrug dieser Unterschied im Jahre 1925 2,1 Millionen.

Die Verluste der leistungsfähigsten Altersklassen der männlichen Bevölkerung sind arbeitsmarkttechnisch zu einem Teil aufgehoben durch die Verminderung des Heeres und der Kriegsmarine. Der Kopfbestand betrug:

1914 beim Reichsheer 800 646, bei der Reichsmarine 79 290, 1925 beim Reichsheer 79 290, bei der Reichsmarine 15 000.

Also 785 646 Personen stehen hierdurch dem Arbeitsmarkt mehr zu als vor dem Kriege.

Die Zahl der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) in der Industrie, im Bergbau, in der Land- und Forstwirtschaft, im Handel und Verkehr, in der Hauswirtschaft usw. wird auf 21 Millionen geschätzt. Dazu kommen noch 16 bis 17 Millionen Familienangehörige, so daß rund 60 v. H. der Gesamtbevölkerung in ihren Lebensbedingungen unmittelbar von den Schwankungen des Arbeitsmarktes abhängig sind. — Diese Zahlen liegen sich noch nach verschiedenen Richtungen erweitern, wovon wir aber absehen. Wer ein weiteres Interesse an der Auswertung dieses Zahlenmaterials in bezug auf den Arbeitsmarkt und die Arbeitsmarktpolitik in Deutschland hat, der verschaffe sich das jüngst von der Reichsarbeitsverwaltung herausgegebene 38. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt, in dem neben dem von Dr. Syrup gehaltenen Vortrage 15 weitere aktuelle sozialpolitische Vorträge zum Abdruck gelangt sind.

„Was bietet der Beruf?“

So überschreibt im Deutschen Steinbildhauer-Journal vom 25. Oktober 1927 ein Herr W. Anforge, Berlin, einen Artikel, darin wird gesagt, daß ein junger Berufsangehöriger leicht geneigt sei, die größten Möglichkeiten überall zu wittern, nur nicht im eigenen Beruf. Dadurch ginge die Achtung vor dem eigenen Fach verloren. Da sich aber das Ansehen eines Standes nur aus dessen Leistungen resultiert, da der Beruf alles bietet, muß sich dieses notwendigerweise zum Schaden aller Berufsangehörigen auswirken. Achtung vor dem eigenen Beruf sei schon deshalb unerlässlich, weil nur dadurch ein Gedeihen des gesamten Standes und somit des einzelnen gewährleistet ist. Um vorwärtszukommen, sei aber auch Sparsamkeit notwendig. Mit der einzelnen Mark muß begonnen werden, um zu ein paar tausend Mark zu gelangen. Das kann nach Herrn W. Anforge jeder, der weiß, welchen Reiz gerade das Sparen in sich birgt. — Wenn nun noch rege Phantasie den Ansporn gibt und dabei nichts überflüssig wird, kann jedermann zu Ansehen und Wohlstand gelangen. So Herr Anforge in der genannten Zeitschrift. All diese schönen Ratschläge, die obensteh-

billig wie Brombeeren sind, sind jedenfalls nur an die Adresse der Steinarbeiter gerichtet.

Was ist nun dazu vom Arbeiterstandpunkt aus zu sagen? Richtig ist zweifellos, daß in punkto Arbeitsqualität viel gesündigt wird; aber dieses auf das Konto der Gleichgültigkeit der Arbeiter im Beruf zu buchen, ist durchaus falsch. Im Gegenteil, mit gutem Gewissen kann behauptet werden, daß zum Beispiel der Steinmetz mit größter Aufmerksamkeit — ja man möchte fast sagen mit Liebe — an seinem Werkstück arbeitet. Wenn nun zum Teil doch Pfuscherarbeit geliefert wird, so liegt das an den niederen Akkordlöhnen sowie an den schlechten Arbeitsverhältnissen. Es liegt sich sehr schön, wenn es heißt, ein Arbeiter darf nie sein Stück aus der Hand geben, bevor es nicht ein „Meisterstück“ ist.

Gewiß geben wir zu, daß dadurch der Beruf zu Ansehen kommt und das Begehren derer, die als Auftraggeber in Betracht kommen, geweckt wird. Aber da der Arbeiter nicht von der Luft, sondern nur von den Arbeitspfeunigen, die er selbst bei intensiver Arbeit nur verdienen kann, leben muß, wird er aus Selbsterhaltungstrieb heraus gezwungen, seine ihm übertragene Arbeit so schnell, als möglich zu vollbringen.

Herr Anforge hätte deshalb wohl besser getan, seine Mahnung recht deutlich an die Adresse der Unternehmer zu richten, denn nur auskömmlicher Lohn und günstige Verhältnisse für die Arbeiter können tadellose Arbeit garantieren. Der Beruf wird als solcher auch dadurch geschädigt, wenn die Unternehmer in der Steinindustrie eine Lehrlingszucht betreiben, die einfach zum Himmel stinkt, wie wir sie in vielen Betrieben, besonders des Schwarzwaldes, feststellen können.

Als direkte Verböhnung muß es wirken, wenn versucht wird, dem Arbeiter plausibel zu machen, durch sparen könne er sich eine selbständige Existenz schaffen. Manche selbständige Existenzen sind doch so fragwürdig, daß bei etwas näherer Betrachtung einem die Luft vergeht, etwa diese Reihen noch zu verstärken.

Herr Anforge führt weiter aus, daß aller Reichtum in den Anfängen gestekt hat und weißt dabei auf Siemens, Thyssen, Krupp usw. hin. Nun, wir glauben, daß es für diese Herren nicht von Nutzen wäre, wenn sich jeder Arbeiter so nach und nach zum Großindustriellen entwickeln würde. Das alles ist natürlich Brombium für naive Menschen und nur deshalb geschrieben worden, um die Arbeiter davon abzuhalten, sich zusammenzuschließen. Die Steinarbeiter werden auf den Sirenenangelaug im Steinbildhauer-Journal nicht hören; denn sie wissen, daß für sie diese Ratschläge keinen Pfifferling wert sind. Sie wissen ferner, daß nur durch vereintes Zusammengehen aller Schaffenden ihre Lebenslage verbessert werden kann. Dazu haben sie ihre Gewerkschaften geschaffen, mittels denen sie sich eine auskömmliche Existenz schaffen werden.

Laver Heimert, Steinhauer, Raumünzach.



Geperrt:

1. Gau NO: In Berlin-Brick die Kunststeinwerke Gebr. Friede wegen Tarifbruch. — In Kallitrin, Frankfurt a. d. Oder und Landsberg a. d. Warthe haben einige Steinfirmen den Tarif noch nicht anerkannt. Zugang ist deshalb unbedingt fernzuhalten.

4. Gau: In Detmold die Firma Karl Meier, weil sie den Steinarbeitern keinen Lohn zahlt. — In Dessau sämtliche Steinmetzbetriebe. — In Erfurt hat die Betonfirma Otto Hanke einen Steinmetz gemahregelt. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten, bis die Differenzen erledigt sind.

5. Gau: Von Essen ist der Zugang von Steinmetzen und Marmorarbeitern fernzuhalten (Lohnbewegung).

6. Gau: In Ringelbach (Schwarzwald) der Betrieb von Ernst Kontini, kann keinen Lohn zahlen.

Streit:

1. Gau NO: In Königsberg Streit der Steinmetzen.

4. Gau: In Halberstadt in dem Grabmalbetrieb Dreier & Sohn.

Redaktionsvermerk: Aus den vorstehenden Notizen sind verschiedene herausgelassen, weil der Redaktion seit vier Wochen keine nähere Mitteilung über den Stand der Differenzen zugeleitet wurde. Mindestens alle zwei Wochen ist das notwendig! Die Zahlstellenvorstände mögen den Hinweis beachten!

Die Gefahren der Steinbrucharbeit. Am 24. Oktober versunglückte bei der Sächsischen Granitaktiengesellschaft, Betrieb „Großer Jungfernstern“, der Hilfsarbeiter Albert Böhm tödlich. Eine Kippkran überstieß sich bei der Rampenfahrt und erschlug unsern Kollegen. — Wie bereits mehrfach berichtet wurde, nehmen die Unfälle an Ausdehnung zu. Immer wieder muß betont werden, daß jeder Arbeiter verpflichtet ist, die Unfallverhütungsvorschriften zu beachten. Leider muß auch wieder gesagt werden, daß die Hauptursache der vielen Unfälle das bestehende Wirtschaftssystem ist, welches in erster Linie nur auf den eigenen Gewinn bedacht ist, die genügende Sicherheit des Arbeiters aber nicht genügend würdigt.

Entschädigungsgrundsätze für die Besitzer von Organen, von Sach- und Spruchauschüssen sowie von Spruchkammern der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung: Durch Verordnung vom 30. September 1927 wurden folgende Entschädigungsgrundsätze festgelegt:

1. Die ortsansässigen Besitzer der Verwaltungs-, Sach- und Spruchauschüsse sowie der Spruchkammern erhalten als Ersatz für den durch die Teilnahme an Sitzungen entstandenen Aufwand und Verdienstausschlag für jeden Sitzungstag eine Entschädigung von 5 RM. Als Ortsansässige gelten auch Besitzer, die zwar außerhalb des Sitzungsortes, aber in dessen näherer Umgebung wohnen.

2. Die auswärtigen Besitzer der Verwaltungs-, Sach- und Spruchauschüsse sowie der Spruchkammern erhalten ein Tagelohn von 12 RM und wenn eine Übernachtung erforderlich wird ein Übernachtungsgeld von 9 RM, Ersatz der tatsächlich entstandenen Kosten für die Hin- und Rückreise sowie der Nebenkosten (für öffentliche Beförderungsmittel von und zur Bahn, für Gepäckbeförderung, Gepäckaufbewahrung usw.). Für die Berechnung dieser Beträge gelten die Bestimmungen der Reisekostenverordnung vom 15. Oktober 1921 (Reichsgesetzblatt S. 1345).

3. Die ortsansässigen Besitzer des Verwaltungsrates, des Vorstandes und der Sachauschüsse bei der Hauptstelle erhalten für jeden Sitzungstag eine Entschädigung von 10 RM.

4. Die auswärtigen Besitzer des Verwaltungsrates, des Vorstandes und der Sachauschüsse bei der Hauptstelle erhalten Tagelohn und Übernachtungsgeld sowie Reisekosten in der für die auswärtigen Besitzer der Verwaltungsausschüsse festgesetzten Höhe. Außerdem erhalten sie eine Entschädigung von 5 RM für den Sitzungstag.

5. Uebersteigen die durch die Teilnahme an einer Sitzung verursachten notwendigen Auslagen und der Ausfall an Arbeitsverdienst den Betrag der sich hiernach ergebenden Gesamtergütung, so wird der Mehrbetrag auf Antrag in angemessenem Umfang ersetzt.

6. Hat an demselben Sitzungstage ein Besitzer und sein Stellvertreter an einer Sitzung teilgenommen, so stehen nur dem Besitzer die Bezüge zu.

7. Ueber die Höhe der Vergütung für die Besitzer, die vom Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes (des Vorstandes) in den Fällen des § 94 Abs. 5 des Gesetzes verankert sind, entscheidet der Vorsitzende des Landesarbeitsamtes (der Präsident der Reichsanstalt).

8. Die Bestimmungen 1 bis 7 gelten auch für Sitzungen von geschäftsführenden Ausschüssen und Unterausschüssen.

Mittweida. Am 29. Oktober konnte die Zahlstelle auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Anlässlich dessen wurde im großen Saale des Schützenhauses eine Feier, bestehend aus Konzert, Festrede und Tanz, abgehalten. Mit Andacht lauschten die zahlreich erschienenen den sehr gut gegebenen Musikstücken unserer Stadtkapelle unter Leitung des Herrn Musikdirektors Huh. Der Vorsitzende, Kollege Joseph Runze, begrüßte hieraus die Anwesenden. Nun hielt Paul Starke, der anlässlich des Festes unter uns weilte, weil eingeladen, die Festrede. Frisch und feurig schilderte der 70jährige Kollege das Entstehen der Zahlstelle und deren weitere Entwicklung. Nicht nur gewerkschaftlich, nein, auch genossenschaftlich sollen sich die Kollegen rege beteiligen; dies war der Grundgedanke seiner Ansprache. Die Zahlstelle Mittweida ist sehr gut gewerkschaftlich organisiert, im Konsumverein fehlt allerdings noch mancher Kollege. Den Betreffenden mögen die Worte des Kollegen Starke ein Ansporn sein. Von unsern Gründern der Zahlstelle sind noch 8 Kollegen geblieben, die der Redner beglückwünschte. Den Jubilaren wurde von der Zentrale eine Urkunde überreicht. Der stürmische Beifall zeugte davon, daß die Worte des Festredners Anklang gefunden haben. Hierauf beteiligte sich alt und jung an der weiteren Veranstaltung.

Eine Steinklopferin



Irgendwo in einer entlegenen Ecke Deutschlands habe ich mich mit einer solchen Kollegin unterhalten und doch neugierig sah sie mit ihren 58 Jahren vor mir und nippte nur zögernd

aus dem Gläschen Wein. Wein könnte dort in der Ecke eine Art Nationalgetränk sein wie das Bier in Bayern und der Kaffee — recht süß — angeblich in Sachsen. Die Steinklopferin schaut verzweifelt auf meine blaffen Schreibhände und dann auf ihre Arbeitshände, die aussähen wie geerbte Leber; 30jähriges Hantieren mit großen und kleinen kantigen Steinbrocken und mit dem „Waden“hammer haben ihren Händen die Größe, die Härte und das Aussehen gegeben. Dreißig Jahre hat diese Frau Steine geschlagen im Sommer und Winter, also beim Sonnenschein, Regen und Schnee. Und als ich scherzhaft meinte: Wenn jetzt auf einmal alle Steinbrocken angerollt kämen, denen sie im Laufe der drei Jahrzehnte die Schotterform angehauen hat, da sagte sie nur mit großen Augen: O Jees!

Aus der sich dann entpinnenden Unterhaltung halte ich das Nachstehende fest, gieße es in die nötige Form, die nun mit oder ohne Brille genossen werden kann. Also die Steinklopferin erzählte:

Von Zeit zu Zeit erscheinen im „Steinarbeiter“ kleine Abhandlungen „Aus dem Wetterwinkel“, die der Steinklopfer-Hannes zeichnet. Diese Darstellungen werden bei uns sehr gern gelesen, denn sobald die Zeitung verteilt wird, schauen viele regelmäßig auf die 2. Seite, ob die erwähnte Ueberschrift vorhanden ist. Mir selbst und einigen Kolleginnen machen die Sachen jedenfalls immer Freude. Das kommt wohl daher, weil sie so steinklopferberufswand und so lebensklar klingen, und bei mir entsteht dann beim Lesen immer das Verlangen oder der Wunsch, unserer großen Verbandsfamilie auch einmal einen Einblick zu geben in das Leben einer Steinklopferin. Gewiß müssen auch anderwärts die Frauen mitarbeiten und schwer arbeiten, um die hungerrigen Mäuler in der Familie zu befriedigen. Doch manches unserer Verbandsmitglieder kommt nie aus den Steinköpfen der Großstadt heraus, ist in seinem Joch so eingespannt, daß es kaum durch persönliche Inaugenscheinnahme ein so großes Hartsteingebiet zu sehen bekommt wie das hiesige, in dem ich nebst vielen anderen Frauen seit Jahrzehnten Steine klopfe. Ein solches Großstadt-Menschenkind wird jedenfalls denken: Gibt es das auch noch? — „Das stimmt!“ ist darauf meine Antwort, und erstaunt schaue ich in das gebräunte, offene, harte Sorgengesicht der Frau, aber notiere nichts mehr, höre zu und rege nur durch kurze Fragen folgende weitere Schilderung an:

„Soweit das Außerliche in Betracht kommt, sind wir weiblichen Steinklopfer durchaus kein Magnet, haben also keine Anziehungskraft auf das andere Geschlecht. Vor allen Dingen entfällt uns die streng vorgeschriebene, bei der Arbeit zu tragende Drahtbrille, dann das übliche Kopf- und Wettertuch, und ferner gestattet das Knien beim Arbeiten oder die zum Teil auch gebückte Haltung beim Steinschlagen (siehe Skizze!) keinesfalls die moderne Klust der sonstigen Frauen und Mädchen. Diese sind ja sehr bestrebt, bei sich oben und unten, vorn und hinten immer weniger anzuziehen. Viele haben vielleicht oder leider nicht mehr zum Anziehen, aber wiederum tun recht viele das mit Absicht. Wir Steinklopferinnen dagegen können aber durchaus nicht auf die jetzt so verworfene und abgelehnte Unterkleidung aus Großmütterchens Zeiten verzichten. Mag man uns deswegen auch altmüßig nennen, das darf und soll uns nicht anfechten, weil die Steinarbeit in Wind und Wetter die Notwendigkeit mit sich bringt. Doch was verstehen schließlich die fremden Männer und die Modepuppen von der Klust der Steinklopferinnen. Sein Gutes hat es doch, wenn uns die Flor- und Seidenstrümpfe nicht recht passen wollen, schon allein wegen dem Rheumatismus, der uns zwikt und plagt, und zur Beruhigung mag hier auch nebenbei bemerkt werden, daß wir erst Steinklopferinnen geworden sind in den mittleren Jahren, das heißt, wenn wir die Lasten einer Familie zu schleppen haben. Leider trägt in vielen Fällen der Mann durch sein Verbalten und Benehmen im Lohnverbrauche dazu bei, daß die Last noch viel schwerer empfunden wird, als sie in Wirklichkeit ist. Und so ist es zwangsweise gekommen, daß wir zum Mitverdienen in den Steinbruch arbeiten gehen. Andere Arbeitsmöglichkeiten sind hier nicht vorhanden.“

So erzählte die vor mir sitzende Frau. Sie hat auch die Zeiten noch mitgemacht, ehe die Bundesratsverordnungen von 1902 und 1909 zum Schutze der Steinarbeiter, die Arbeitszeit der Frauen in den Steinbrüchen auf 6 Stunden täglich herabsetzten und auch sonst der Frauenarbeit in den Brüchen Grenzen zog. Damals, also vor der geschlichen Beschränkung, sind verschiedene der Frauen z. B. im Sommer schon um 3 Uhr früh in den Steinbruch gegangen und haben meistens mit Hilfe ihrer Männer sich das Steinmaterial mit einer Schiebstarre auf ihren Arbeitsplatz zusammengefahren, nachdem sie die Steinbrocken erst vorher von den Stroßen oder Stufen der Bruchwand heruntergeworfen hatten. Dann ging es schleunigst nach Hause zum proletarischen Morgenimbis und wieder zurück in den Steinbruch zum Schotter schlagen. Ja, wir haben mehr wie gearbeitet!“

Bei dieser Schilderung ziehen sich zwei tiefe Falten von der Stirn des Frauengesichts zur Nasenwurzel und ich frage: „Wie ist es denn jetzt?“ — „Nun haben die Frauen andere Erleichterungen durch Gleisanlage und dann werden die größeren Steine allgemein von Arbeitern auf Kosten des Betriebes vorgeschlagen. Die Arbeitszeit kann sich jetzt jede Frau einteilen, sie kann kommen und gehen, wie es ihr der eigene kleine Haushalt gestattet. So wird z. B. früh erst schnell das nötige in der Hauswirtschaft geordnet, dann aber in den Steinbruch, um 11 Uhr wieder heim, um das Mittagessen vorzurichten. Um 12 Uhr eilen dann einige meiner Kolleginnen sogar mit dem Ektopf schnell in den Bruch zum Mann oder Sohn zurück, damit diese zu ihrem Recht kommen, denn die Männer verstehen bekanntlich in Eppausen nicht zu warten,

dann geht's wieder heim und die nötigen Handgriffe aus Anlaß des Essens werden im Hause erledigt. Nachdem wieder in den Bruch und die noch fehlenden Stunden am Sechsstundentag werden nachgeholt.“

— So geht es Tag für Tag, jahrelang, bis die menschliche Maschine verjagt. Hartes Los tragen diese Frauen, und doch schauen sie klar und hell in die Welt. Einige machen, weil sie noch jünger sind, mit ihren breiten Hüften und schweren Brüsten einen ganz anderen Eindruck als jene Frauen, die abends aus den Fabriken des Industriezentrums herausströmen, andere wieder sind bagere Weitergestalten, denen die Steinklopferei Runen über Runen ins Gesicht gemeißelt hat. Trotzdem ist die Steinschlagererei doch keine Frauenarbeit, aber die Frauen würden sicher die Organisationen und Institutionen verdammen, die dahin wirken, ihnen diese einzige Arbeitsmöglichkeit zu nehmen. Und der Verdienst? — „der schwankt je nach der Stigkeit und Trefflichkeit des hammereschwingenden Frauenarmes von 15 bis 25 Mark in 2 Wochen“. Waggonweise werden die Waden berechnet. Vereingelte Frauen erreichen einen höheren Verdienst, besonders jene, die ununterbrochen im Steinschlag tätig sind und im Hause nichts mehr zu verzorgen haben. Mein Gegenüber hat sieben Kindern zum Leben vorholken, lauter Bubben. Heute sind sie groß, haben ihre eigene Familie, eintig: sind draußen in der Welt, haben für sich selbst zu schaffen und können der Mutter nicht soviel geben, damit sie den Wadenhammer endlich beiseite legt. Vielleicht hat sie sich während der 30 Jahre auch so daran gewöhnt, hat sich auch gewisse Rechte erarbeitet, die sie sich sichern will. Diesen sieben Bubben hat bei ihrem Werden zum Leben der Hammer Schlag auf Stein und das Dröhnen der Sprengungen im Steinbruch begleitet, sie sind infolgedessen harte Gesellen geworden für den Lebenskampf. Ob sie wohl in stillen Stunden nachdenken über das Vorstehende? —

Aber diese Mutter und ihre Arbeitsleistung ist ja kein Einzelschicksal, ich hörte mehrere mit ähnlichem Verlauf und sah alte Frauen, deren Körperhaltung außerhalb der Arbeit im Steinbruch genau so war, wie sie die Haltung einnehmen, wenn sie auf die Steine loshämmern. Und wie steht es mit der Organisation? — Nicht gut! nur ganz Vereingelte sind Verbandsmitglieder, weil die Mehrzahl der Frauen abseits steht. Darüber befragt, sagen einige zur Entschuldigung: „Mein Mann ist im Verband, das genügt.“ Das genügt nun allerdings nicht und möchte einer anderen Auffassung Platz machen. Hier steht die Aufgabe der männlichen Steinbrucharbeiter ein, wenigstens müßte sie das. Mit diesen Worten schüttelte ich der Kollegin die Hand, sie mußte zu ihrer Häuslichkeit, damit der Mann, der mit ihr aus dem Steinbruch heimkam, nicht allzulange auf sein Abendbrot wartete. Wenn ich nicht irre, hat Karl Marx in irgendeiner seiner Schriften den lapidaren Satz hineingeschrieben: „Die Frau war schon Sklave, ehe es Sklaven gab.“ Das hat sicher seine Richtigkeit auch in der vorstehenden Schilderung erhalten, wenigstens für den, der sie richtig liest.

Die Frauen sitzen zu zwein und drei'n
Im Wind, im Wetter und Sonnenschein,
Und klopfen mit beständigem Hammer Schlag
Das harte Gestein so Tag um Tag.
Sie folgen dem üblichen Nachgehob,
Das uns alle treibt: Es ist die Not!

Wagen. Der Lohnstreit nimmt kein Ende in der Basaltlava-Industrie. Er gleicht der berühmten Seeflange. An dieser Stelle wurde schon wiederholt die Sachlage behandelt. Der Kern des Streites ist: Durch eine Entscheidung des ständigen Schlichters für den Bezirk Rheinland vom 24. August 1927 wurden die Stundenverdienste in der Basaltlava-Industrie um eine feste Stundenzulage von 3 Pfg. für den gelernten Arbeiter und von 2 Pfg. für den ungelernten Arbeiter mit Wirkung ab 1. August 1927 erhöht. Diese Stundenzulage wurde den Affordarbeitern durch den Industrieverband streitig gemacht, weshalb wir beim Arbeitsgericht in Wagen Klage erhoben haben. Das Arbeitsgericht sandte auf Grund dieser Klage die Afford dem Schlichter zur Rücküberlegung. Der Bescheid des Schlichters konnte nicht zweifelhaft sein und war darin klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß auch den Affordarbeitern die Zulage zu zahlen sei. Daraufhin besaßte sich der Vorstand des Industrieverbandes Wagen in seiner Sitzung vom 10. Oktober mit der Streitsache und beschloß, den Affordarbeitern die Zulage am 15. Oktober zur Auszahlung zu bringen. Dieser Bescheid wurde unserer Bezirksleitung am nämlichen Tage fernmündlich vom Industrieverband und schriftlich von der beklagten Firma mitgeteilt und gebeten, die Klage zurückzuziehen. Der 15. Oktober (Zahltag) kam heran, aber die Zulage wurde den Kollegen in der sogenannten Hartbasaltlava-Industrie (Zähbasalt) nicht ausgezahlt, trotzdem die Arbeitgeber das versprochen hatten. Den Kollegen wurde dann erklärt: „Ja, ich würde die Zulage gern zahlen, doch es ist uns unter Strafe verboten. Man braucht über diese Methode nicht zu staunen, denn neuerdings versucht man den Grubenbesitzern klarzumachen, daß für den Zähbasalt ein Tarifvertrag nicht besteht und daß die Besitzer dieser Betriebe daher auch nicht verpflichtet seien, die 3 Pfg. Lohnzulage zu zahlen. Daß die Arbeitgeber dieser Betriebe sich solcher Behauptungen nicht verschließen, ist selbstverständlich. Jedoch ist uns und unseren Kollegen diese Auffassung nicht beizubringen weil ein bezirkslicher Tarifvertrag Nr. 4 besteht, der für die gesamte Hartbasaltlava-Industrie von Wagen und Umgegend Gültigkeit hat. Wir waren also wiederum gezwungen, beim Arbeitsgericht in Wagen Klage zu erheben, welches in seiner Sitzung am 31. Oktober 1927 die beklagte Firma kostenfällig verurteilte. Nachstehend geben wir aus dem Urteil die Begründung bekannt.

„Für das Gericht ist es nicht im geringsten zweifelhaft, daß der von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden abgeschlossene Tarifvertrag für die Basaltlava-Industrie auch für die Zähbasaltbetriebe gilt. Diese Betriebe sind im Tarifvertrag nicht ausgenommen, und es ist nicht ersichtlich, aus welchen Gründen sonst diese Betriebe ausgeschlossen sein sollten.

Aus dem Umstande, daß wegen der besonderen Arbeitsschwierigkeiten besondere Zulagen gezahlt worden sind, die nicht tariflich festgelegt sind, und daß wegen Festlegung dieser Zulagen Tarifverhandlungen geschwebt haben, kann nicht gefolgert werden, daß der Tarifvertrag nicht auf die Zähbasaltbetriebe Anwendung findet; was im Tarifvertrage nicht geregelt ist, sind über den Tariflohn hinausgehende Leistungen; auf diese mag vielleicht kein Anspruch bestehen, auf jeden Fall aber steht den Zähbasaltarbeitern ebenso wie den anderen Arbeitern der Tariflohn als Mindestlohn zu. Zu diesem Tariflohn gehören aber auch die durch den genannten Schiedspruch festgesetzten 3 Pfg.

Es war demnach wie geschehen zu erkennen.“

Das Verhalten der Arbeitgeber oder besser gesagt das Verhalten des Industrieverbandes und dieses Urteil nicht ein neuer Beweis für die Unorganisierten, sich unverzüglich dem Zentralverband der Steinarbeiter (freie Gewerkschaft) anzuschließen? Aber auch für die Organisierten muß es ein Ansporn sein, alles daranzusetzen, um auch den letzten Steinarbeiter unserem Verbände zuzuführen.

Bei Entlassungen und Lösung des Arbeitsverhältnisses darf kein Kollege vergessen, seine Ersatzansprüche geltend zu machen, das heißt, die 3 Pfg. Stundenzulage ab 1. August zu fordern, damit sich keiner seiner Rechte begibt.

Sachsen. Am Sonntag, dem 30. Oktober, fand in Eischberg beim Kollegen Theobald eine gut besuchte öffentliche Steinarbeiter-Versammlung statt. Kollege Gras referierte über Wirtschaftslage und Gewerkschaftsaufbau. Gezwungen durch die Quertreibereien des christlichen Verbandes gegen seine Person und den Zentralverband der Steinarbeiter, mußte er in derben, aber wohl berechtigten Worten den Kollegen den Sachverhalt klären. Er griff auf die Jahre 1923 und 1924 zurück, wo er ausgewiesen, dem Gauleiter Sarfert die Einreise in die Pfalz verboten wurde, wo dem christlichen Verband Gelegenheit gegeben gewesen wäre, etwas für die Kollegen zu tun. Denn ihre Vertreter waren nicht ausgewiesen. Es wäre am Plage gewesen, ihre immer besungene Gemeinschaft zu zeigen, als heute in jeder Versammlung und bei jeder Gelegenheit ihr eigenes Loblied zu pfeifen. Bedauert wurde, daß gerade in Eischberg einige Kollegen, die politisch ganz anders ein-

Der Granit

In unterirdischer Kammer
Sprach großend der alte Granit:
„Da droben den wässrigen Kammer,
Den mach' ich jetzt länger nicht mit.
Langweilig wälzt das Gewässer
Seine salzige Flut übers Land,
Statt stolzer und schöner und besser
Wird alles voll Schlamm und voll Sand.“

Das gab' eine mitteldwerte
Geologische Leimfabrik,
Wenn die ganze Kruste der Erde
Nur ein sedimentäres Gebirg
Am End' würd' noch Fabel und Dichtung,
Was ein Berg — was hoch und was tie:
Zum Teufel die Föhlung und Schichtung
Hurra! ich werd' eruptio!“

Er sprach's und zum Bestand berief er
Die tapfern Porphyre herbei,
Die kristallinischen Schiefer
Niß höhnlich er mitten entzwei.
Das silichte und lohie und wallte,
Als nahte das Ende der Welt;
Selbst Grauwack, die lächtige Alte,
Hat vor Schreck auf den Kopf sich gestellt

Auch Steinlohl' und Zeststein und Trias
Entwichen, im Innern gesprengt,
Laut jammert im Jura der Dias,
Daß die Glut ihn von hinten versengt.
Auch die Kasse, die Mergel der Kreiden
Sprachen später mit wichtigem Ton:
„Was erstidete man nicht schon heizten
Den Keim dieser Revolution?“

Doch vorwärts, trotz Schichten und Seen
Drang siegreich der feurrige Held,
Bis daß er von sonnigen Höhen
Zu Füßen sich schaute die Welt.
Da sprach er mit Tobeln und Singen:
„Hurra! das wäre geglückt!
Auch unferne kann's zu was bringen,
Wenn er nur herzhastig drückt!“

Aus „Gaudeamus“ von Viktor v. Scheffel.

Auf dem Pionierübungsplatz bestichtigte der Prinz einmal die Arbeiter mit der Baggermaschine und fragte seinen Adjutanten: „Sagen Sie einmal, lieber Redwitz, wie viele Eimer hat so ein Ding eigentlich; ich zähle jetzt schon zweihundert, und es kommen immer mehr.“ (Wohlf-Zünder.)

gestellt sind, sich durch die Machereien schnappen lassen. Der Uebertritt eines Kollegen wurde auch behandelt und geklärt, aber zu spät. Hätte dieser Kollege vor seinem Uebertritt in den christlichen Verband sein Recht gesucht, dann wäre ihm der Uebertritt erspart geblieben. Kollege Gras verglich die bestehenden Arbeiterverbände mit den gegenwärtigen Mitgliederzahlen, woraus deutlich zu erkennen war, wo die Macht der Arbeiter am stärksten ist und wo ihre Rechte am besten vertreten werden. Das ist der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, in dem alle freien Verbände zu einem Block zusammengeschmiebet sind.

Unter anderem streifte Redner auch die von verschiedenen Verbänden eingeführte Alters- und Invalidenunterstützung. Auch für unsere Kollegen besteht eine ähnliche Einrichtung, und zwar die Volksfürsorge. Kollege Müller, Rüssel, Vertreter der Volksfürsorge, klärte dann auch die Kollegen über die Wichtigkeit und Vorteile der vom Arbeiter selbst geschaffenen Versicherung auf in der Hoffnung, daß auch in unserer Zahlstelle die Kollegen sich dieser Versicherung anschließen mögen. Zum Schluß erwähnte der Kollege Gras noch die Kollegen, eine Arbeiterpresse zu halten, und es wurden durch eine umgehende Liste einige Abonnenten für die Pfälzische Freie Presse gewonnen. Zusammenfassend dürfte die Versammlung eine Genugtuung sein für den Referenten wie für die Kollegen gegen die von dem christlichen Verband betriebene verwerfliche Mitgliederfänger.

Mühlbach a. Gl. Am 29. Oktober 1927 fand in Rutsweiler eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung statt. Kollege Groß eröffnete die Versammlung und begrüßte die zahlreich erschienenen Kollegen. Kollege Gras schilderte unsere Wirtschaftslage vom Kriegsende bis heute. In der Diskussion über diesen Punkt gingen alle Kollegen mit Gras einig. Der zweite Punkt, „Aufbau der Gewerkschaften“, löste nach dem Referat von Gras eine lebhafteste Diskussion aus, da auch Kollegen vom christlichen Verband anwesend waren; in letzter Zeit wurden von diesen „Kollegen“ unwahre Gerüchte verbreitet. Nunmehr konnten sie richtiggestellt und treffend widerlegt werden. Im Punkt „Verschiedenes“ wurden verschiedene Mißstände in den Betrieben vorgebracht, auch gab Kollege Gras noch einen kurzen Bericht über die Krankentages-Wahlen. Mit dem Verlauf der Versammlung können wir zufrieden sein, wir machten Neuaufnahmen, zwei Kollegen vom Berufsverband ließen sich überschreiben, auch gewannen wir 12 Abonnenten für unsere sozialistische Presse.

Die Arbeitgeber rüsten!

Auch die Arbeitgeberverbände stellen Listen auf für die Wahlen zu den Ausschüssen der Krankenkassen.

Darum seid auf dem Posten, ihr Versicherten. Es handelt sich um euch und eure Familien, wenn ihr krank oder invalide werdet.

Kümmert euch um die Wahlen!

Ramenz. Am 28. Oktober 1927 Monatsversammlung. Tagesordnung: 1. Eingänge, 2. Abrechnung vom 3. Quartal, 4. Kartellbericht, 5. Allgemeines, 6. Vortrag über Sozialversicherung vom Bezirksleiter Gibowki. Eingegangen waren 14 Schreiben, die durch den 1. Vorsitzenden erledigt wurden. Die Abrechnung ergab ein Einnahmen über Ausgaben für die Hauptkasse 6697 Mark. Hierzu sprach der Bezirksleiter und stellte den Kollegen kein gutes Zeugnis aus, denn er hat bei der Abrechnung wahrnehmen müssen, daß in der Zahlstelle sehr viel Kollegen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind. Hoffentlich haben es sich die anwesenden Kollegen zu Herzen genommen und arbeiten in allen Betrieben darauf hin, daß jeder Kollege seine Marken am Zahltag beim Platzfasser entnimmt. Wenn nicht, muß eben reine Wäsche gemacht werden und nach dem Verbandsstatut gehandelt werden, was nützen uns die vielen Mitglieder, wenn sie das Vierteljahr nur ein paar Marken kleben. Auch wäre an dieser Stelle einigen gewissen Platzfassern zu empfehlen, ihre Verpflichtungen so schnell wie möglich zu erfüllen, besonders von Rosenberg. Denn geschrieben ist nun hin und her genugs. Von Punkt 3 bis 5 braucht nichts in Erwähnung gebracht zu werden. Aus dem Vortrag über Sozialversicherung muß man sagen, daß die Anwesenden vieles gehört haben, was sie noch nicht wußten, und wir wollen hoffen, daß die demnächst stattfindenden Krankenkassenwahlen auch zugunsten der freien Gewerkschaften ausfallen. Ueber Lohnbewegung müssen auch einige Worte gesagt werden. Der Werkstathtar ist abgeschlossen, trotzdem gibt es in den großen Betrieben noch Streitigkeiten über die Bezahlung der neuen Berechnung. Den Spellers, Pflastersteinmachern und Bostierern wurden 5 Prozent von den Schlichtungsstellen zugesprochen. Man muß sich wundern, daß die kleinen Meister hier mehr zahlen als die großen. Es wäre auch für letztergenannte angebracht, einen neuen Tarif zu schaffen, und zwar so schnell wie möglich, denn als der letzte Tarif geschaffen wurde, da hatte die Mark noch volle Kaufkraft, heute nicht mehr. Auch einigen Funktionären muß gesagt werden, daß sie in den letzten Wochen große Fehler gemacht haben, indem sie selbst mit zum Ueberstundenschieber geworden sind. Wie sollen denn die Affordarbeiter überzeugt werden, daß ihr Tun falsch ist. Wenn Ueberstunden gemacht werden müssen, dann mögen es die Stundenlöhner tun, nicht aber Leute, die im Afford arbeiten. An dieser Stelle sei noch darauf hingewiesen, daß am 7. Dezember 1927 bei Handrat eine Versammlung stattfindet. Es spricht der Gewerbeaufsichtsbeamte von Baugen über Unfällegefahren. Die Kollegen der Zahlstelle Ramenz werden ersucht, zu dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen.

Queblinburg. Die erste Versammlung in unserem renovierten Gewerkschaftshaus fand am 5. November 1927 statt. In der Diskussion kam von fast allen Kollegen die Begeisterung für unsere Gewerkschaft zum Ausdruck. Die Kontrolle der Mitgliedsbücher ergab ein zufriedenstellendes Resultat. Es wurde die Frage angeschnitten, ob ein Stiftungsfest angebracht ist, denn am 15. März besteht unsere Filiale 25 Jahre. Nach der Versammlungsausprache soll das festlich begangen werden. Eine Kommission für die Vorarbeiten wurde gewählt. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten besprochen waren, schloß der Kollege Wärm die gutbesuchte Versammlung.

Schweinfurt. Ende Oktober fanden in Schweinfurt Pfisterer-Versammlungen statt, die das Resultat zeigten, daß alle Kollegen dem Verbands begetreten sind und die Gründung einer Zahlstelle erfolgte. Zum Vorsitzenden wurde der Kollege Adam Weichsel gewählt. Anschließend daran wurde mit den dazugehörigen Unternehmern eine Lohnvereinbarung getroffen, die eine Erhöhung der Stundenlöhne zur Folge hatte sowie jedem Kollegen einen Urlaub von 3 Tagen sicherte. In Kürze soll eine weitere Versammlung stattfinden, die zu den Straßenaufträgen Stellung nehmen soll.

5. Gau. Steinseher-Konferenz am 30. Oktober in Essen. Vertreter waren 23 Zahlstellen. Zur Leitung wurden die Kollegen Reinhard, Böttrop, und Williams, Bonn, gewählt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung führte der Kollege Gante aus: Durch den neuentstandenen Westdeutschen Pflasterer-Zunungsverband habe sich der Geltungsbereich des Tarifvertrages bedeutend erweitert. Er umfasse heute schon rund 7/10 von ganz Rheinland und Westfalen. Durch die intensive Agitation dieses Verbandes sei damit zu rechnen, daß sich noch außenstehende Bezirke anschließen werden, und so sei damit zu rechnen, daß über kurz oder lang es für den gesamten Gau nur noch einen Vertrag geben würde. Die dem Vorgang müsse unsererseits ganz besondere Beachtung geschenkt werden, er verlange gebieterisch den weiteren Ausbau und Festigung unserer Organisation. Des weiteren sei der Lehrlingsfrage allergrößte Sorgfalt zu widmen, wenn auch festgestellt werden könne, daß eine wesentliche Besserung eingetreten wäre, so dürfe uns das nicht davon abhalten, weiter an der Gesundung dieser Frage zu arbeiten. Ferner müsse von unseren Kollegen verlangt werden, daß sie die Gesellenprüfungen ablegen, da uns tüchtige Facharbeiter unbedingt not tun. Die von uns immer wieder in den Vordergrund gehobene Qualitätsarbeit dürfe nicht nur im Munde geführt werden, sondern auch zur Ausführung gelangen. Wer sein Handwerk verleihe, der brauche keine Prüfung zu scheuen, wer sich aber drückt, der gebe selber zu, daß er nicht als vollwertiger Fachmann zu betrachten ist. Dann müsse auch heute wieder Klage darüber geführt werden, daß die tariflichen Bestimmungen vielfach nicht innegehalten werden. So sei des öfteren gegen die 24stündige Kündigungszeit verstoßen worden, was regelmäßig mit dem Verlust eines vollen Tagelohnes verbunden ist. Das Schmerzenskind im Gau sei die Arbeitszeit. Trotz des für verbindlich erklärten Reichsarbeitsvertrages sei eine fortgesetzte Ueberschreitung der Arbeitszeit zu verzeichnen. Eine Besserung könne von heute auf morgen nicht erwartet werden, sondern es erfordere ununterbrochene Aufklärungsarbeit. Auch von den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes würde von unseren Kollegen kein Gebrauch gemacht, das sei tief bedauerlich, da doch gerade dieses Gesetz im Interesse der Arbeiterchaft geschaffen ist. Des weiteren gibt der Kollege Gante zur Kenntnis, daß die Entwicklung der Fachgruppe in letzter Zeit außerordentliche Fortschritte gemacht habe, 12 neue bzw. eingegangene Zahlstellen konnten wieder zu neuem Leben erweckt und errichtet werden. Er ging dann auf die Barmer Ereignisse ein und erklärte, daß es nie im Interesse der gewerkschaftlichen Bestrebungen liegen könne, eine Bundesidee des Baugewerksbundes nach dem Barmer Muster zu verwirklichen. Der Schritt, den einige Barmer Kollegen getan hätten, müsse als bedauerlicher Fehltritt bezeichnet werden. Unter fortgesetzter Verdrehung der Tatsachen habe man dort den Resonanzboden geschaffen und letzten Endes auch Erfolge gehabt. Nachstehende Resolution wurde vorgelegt und einstimmig angenommen: „Die am 30. Oktober 1927 in Essen versammelten Vertreter der Fachgruppe im 5. Gau haben mit Bedauern Kenntnis genommen von dem gewerkschaftsschädigenden Treiben des Kollegen Gerhards, Barmen. Mit aller Entschiedenheit lehnen sie die Wählereien und Ausschönlungsbestrebungen des Baugewerksbundes ab. Sie erklären weiter, daß für die Reichsfachgruppe der Steinseher die Verschmelzungsfrage durch die Urabstimmung erledigt ist, und daß ferner die Beschlüsse der 2. Reichskonferenz der Fachgruppe und des 2. Verbandstages des Steinarbeiterverbandes in Frankfurt am Main nach wie vor maßgebend sind.“

In der nun lebhaft einsetzenden Diskussion wurde zunächst mit Befriedigung festgestellt, daß in der Entwicklung in der Fachgruppe hier im Westen gute Fortschritte zu verzeichnen seien, und gerade die Barmer Ereignisse seien dazu in der Lage, weitere Fortschritte zu gefährden. Alle Redner waren sich darüber einig, daß durch die Abspaltung einzelner Zahlstellen keine Verschmelzungsfrage gelöst werden kann. Kollege Bacher, Essen, stellte die Behauptung auf, daß die Verwaltungskosten bei den kleinen Verbänden bis zu 50 Prozent ausmachten. Kollege Linke konnte nachweisen, daß im Steinarbeiterverbande auf rund 1500 Mitglieder ein Angehöriger kommt, während bei anderen Verbänden diese Zahl bedeutend niedriger ist. Die Verwaltungskosten seien gerade in unserem Verbands außerst niedrig. Der letzte Geschäftsbericht belege das doch klar genug. Brinkmann, Bielefeld, tritt ganz entschieden der Meinung entgegen, daß von einer zu teuren Verwaltung gesprochen werden könne. Allzu große Ersparnisse in der Agitation könnten uns keinen Nutzen bringen. Des weiteren müsse die Gauleitung der in letzter Zeit immer häufiger in Erscheinung tretenden Fälle, wo unsere Kollegen um ihren Lohn betrogen werden, die größte Beachtung schenken.

Zum Punkt 2 der Tagesordnung schlägt der Kollege Gante der Konferenz vor, von einer Kündigung des Arbeitsabkommens abzusehen, desgleichen wurde die Lohnkommission beauftragt, die Verbindung mit dem Arbeitgeberverband aufzunehmen, um die für die Arbeitnehmer notwendigen Änderungen des Vertrages zu erzielen. Ferner wurde ihr der Auftrag erteilt, Lohnforderungen zur gegebenen Zeit zu stellen.

Zum Schluß richtete der Kollege Linke nochmals einige beherzigenswerte Worte an die Konferenz. Er legte dar, daß die Aussprache notwendig war und eine Klärung der schwebenden Fragen gebracht habe. Das ohne Zweifel eine Arbeit geleistet sei, die im Interesse der gesamten Kollegen liege. Es sei zu hoffen, daß unermüdetlich an der Festigung und Erweiterung unserer Organisation gearbeitet werde. Gegen 6 Uhr fand die Konferenz ihr Ende.

Tiefenstein. Die Zustände in den hiesigen Steinbruchbetrieben hinsichtlich der Einhaltung der achtstündigen Arbeitszeit sowie der Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften und der allgemeinen Arbeiterchutzbestimmungen sind deziert traurig, daß es an der Zeit ist, sie einer öffentlichen Kritik zu unterziehen. Neben den Uebelständen dieser Art herrschen aber auch noch solche über die Einhaltung des Reichsarbeitsvertrages, denn die Unternehmer scheinen offenbar der Meinung zu sein, daß für sie der Reichsarbeitsvertrag für die Pflasterstein- und Schotterwerke überhaupt nicht bestehe. Den Unternehmern fällt es gar nicht ein, ihren Arbeitern den vertraglichen Urlaub zu gewähren, das gleiche trifft auch zu bei den Zuschlägen für Ueberstunden. In einigen der Betriebe haben die Arbeiter die ganzen Monate daher fortgesetzt 9 und 10 Stunden gearbeitet, ohne nur in einem Falle die tariflichen Ueberstundenzuschläge zu erhalten. An diesen geradezu traurigen Zuständen tragen aber nicht nur die Unternehmer die Schuld, sondern in der Hauptsache die Arbeiterchaft selbst; denn die gewerkschaftliche Organisation läßt in manchen dieser Betriebe außerordentlich viel zu wünschen übrig. So oft und so eindringlich auch die Arbeiterchaft ermahnt worden ist, Versammlungen zu besuchen und sich dem Verband mit anzuschließen, so wenig ist dies jedoch bisher befolgt worden. Von manchen der Unorganisierten hört man des öfteren die Einrede, daß sie doch einen höheren Lohn erhielten als wie der Tarifvertrag besage, so daß doch der Verband für sie gar keinen Wert habe. Obgleich auch, Kollegen, das durchaus Irrige dieser Ansicht wiederholt erklärt worden ist, wollen wir in diesem Bericht erneut darauf hinweisen, daß ihr doch nur deshalb über den Tariflohn erhalten, eben weil die Grundlage hierfür der Tarifvertrag bildet. Würde der Tarifvertrag nicht bestehen, der ja nur das Werk des Verbandes ist, so würde damit auch die Grundlage fehlen, für den einen oder anderen über den Tarifvertrag Bezahlung zu erhalten. Im übrigen sollte ihr doch auch wissen, daß die Lohnsätze des Tarifvertrages Normallohnsätze sind, über die hinaus selbstverständlich bezahlt werden kann, aber was das wichtige ist, für normale Leistung, keinesfalls darunter. Würde ein Tarifvertrag nicht bestehen, so wäre damit der Willkür des Unternehmers hinsichtlich der Lohnzahlung Tür und Tor geöffnet zum allgemeinen Schaden aller Arbeiter, und darunter auch für euch Unorganisierte. Vielleicht seht ihr nun das Irrige dieser Auffassung ein. Und wie traurig sieht es ferner in eurer gesetzlichen Betriebsvertretung aus. Eure Unternehmer treten so auf, als ob eine Betriebsvertretung bei ihnen überhaupt nichts zu sagen hätte. Auch dieses braucht euch ja nicht zu verwundern, denn durch euer gleichgültiges Verhalten bestärkt ihr ja die Unternehmer immer mehr in ihrem Glauben, daß ihr auf die Wahrung eurer Rechte keinen Wert legt. Daß unter den Mißständen, die hinsichtlich der Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften der Steinbruchsberufsgenossenschaft und der Bundesratsverordnung bestehen, nicht mehr Unfälle passiert sind, muß geradezu wunder nehmen. Die Schicksalsschriften werden in

Den fettesten Fällen so respektiert, wie es im Interesse der Berührung von Unfällen notwendig ist. Durch das sich immer mehr ausbreitende Unteraktordantentum wird die Schmutzkonkurrenz zum allergrößten Schaden der Arbeiterklasse selbst immer stärker. Es ist bezeichnend, daß sich an dieser Schmutzkonkurrenz auch solche Unteraktordanten beteiligen, die noch vor kurzer Zeit selbst als Arbeitnehmer beschäftigt waren und sogar Funktionen in der Zahlstelle ausgeübt haben. Arbeitskollegen in allen Betrieben, die ihr dem Verband noch fern steht, wenn ihr nicht haben wollt, daß sich diese Zustände noch mehr verschlimmern sollen, so rafft euch endlich auf und schließt euch unseren Verband mit an, denn nur dadurch werden wir in gemeinsamer Verbundenheit diese unhaltbaren Zustände bessern können. Denkt auch vor allem daran, daß die Unternehmer jede Verbesserung des Reichsarbeitsvertrages abgelehnt haben und denkt vor allem auch weiter daran, daß die Unternehmer in Mittel- und Süddeutschland fortgesetzt auf der Lauer liegen, die jetzigen ohnedies schon schlechten Löhne noch mehr herabzusetzen. Wenn ihr weiter dem Verbands fern bleibt, dann tragt ihr mit die Schuld daran, wenn das den Unternehmern gelingt.

RUNDSCHAU

Kleinpflaster bleibt die beste Straßendecke. Im Parlament der Leipziger Amtshauptmannschaft am 5. November (in Preußen Kreisstag. Red.) wurde zunächst ein Vortrag über Straßenbau gehalten. Der Vortragende, Oberregierungsrat Kluge vom Sächsischen Finanzministerium, betonte, daß die im Straßenbau gesammelten Erfahrungen in den letzten Jahren durch viele neue Momente erweitert wurden, die durch den Kraftwagenverkehr mit seiner Stärke und Geschwindigkeit in Erscheinung traten. Überall wirkte man darauf hin, bei der Schaffung von Straßendeckungen eine möglichst glatte Fahrbahn zu erhalten, denn die Wirtschaft hat größere Ersparnisse, je einwandfreier und haltbarer die Straßendecke sei. Der hohe Preis des Grobpflasters gab Veranlassung, daß man dieses fallen ließ und mit Kleinpflaster Verkehr machte. Heute könne man sagen, daß bei Straßen schweren Verkehrs das Kleinpflaster die einzig richtige Straßendecke sei; Voraussetzung dafür sei aber wie bei allen anderen Deckungen eine gute Unterbahn. Neben dem Format des Steines sei auch die Qualität desselben für die Lebensdauer von außerordentlicher Bedeutung. Eine andere Art der Straßenbefestigung, die befriedigende Ergebnisse zeitigte, sei der Walzspalt und ähnliche Verfahren. Diese Deckungen seien zwar auch als hochwertig anzusehen, doch ist kein großer Unterschied in den Kosten zwischen Kleinpflaster, Asphaltbeton, Stein- schlagspalt usw. Bei letzteren Verfahren fallen die hohen Asphalt- preise außerordentlich ins Gewicht. Teermafadam und Teerbeton haben sich als Deckung nicht so gut bewährt wie Asphaltbeton. Gerade wegen dieser Mißfolge sei die deutsche Teerindustrie bemüht, dem Teer die Eigenschaften des Asphaltzes zu verleihen.

Was die mittelschwere Bauweise anbelangt, so müsse die Methode des Halbtränkverfahrens, die sich als sehr geeignet erwiesen habe, beibehalten werden. Zementbeton ist für den Oberbau ungeeignet, als Unterbau gut verwendbar. Damit sei auch die Frage entschieden, daß Betonstraßen nicht die Straßen der Zukunft sind. Aber auch Straßen leichter Verkehrs wird man nicht ungeschickt liegen lassen können. In diesen Fällen müßte man ebenfalls bemüht sein, Kittmittel für die Deckung zu verwenden. Zur Frage der Finanzierung des Straßenbaues meinte der Referent, daß die Mittel für hochwertige schwere und mittelschwere Deckungen auf dem Anleihewege aufgebracht werden müssen, wogegen Straßenbauten für leichteren Verkehr aus den laufenden Haushaltsmitteln bestritten werden sollen. Nachdem der Vortragende noch kurze Ausführungen über ausländische Straßen gemacht hatte, schloß er mit dem Hinweis, daß auch die Erfahrungen des Auslandes von der Sächsischen Straßenbauverwaltung gesammelt und im Interesse des Staates und der Gemeinden nutzbar gemacht würden.

In der anschließenden Aussprache wurde gefordert, den Bezirksstabsabgeordneten sowie den Gemeinden die zu einer Denkschrift zusammengestellten Erfahrungen über Straßenbau auszuhandigen. Weiter wurde auf die Gefahren der glatten Straßendecken während des Frostes für Zugtiere hingewiesen. Schließlich wurde noch betont, daß das Finanzministerium für Straßenbauten mehr Mittel zur Verfügung stellen solle.

Im Organ des Verbandes Sozialer Baubetriebe, „Soziale Bauwirtschaft“, vom 1. November 1927 wird dem Stadtbaurat May, Frankfurt a. M., ob seiner Verdienste um die Betonindustrie unter der Überschrift: „Billige Betongrammaler“ am Schluß der Notiz folgendes Lob gespendet: „Das Frankfurter Spottwort: „Alles neu macht der Mai“ wird bald nicht mehr Spott, sondern Anerkennung ausdrücken.“ Aus begrifflichen Ursachen vermögen wir in dieses Lob nicht mit einzustimmen. Ein Kollege mit Humor und Reimgeschicklichkeit stellt uns dazu folgende Auslassung zur Verfügung: „Alles neu macht der Mai“ — doch zuvor schlägt er entzwei — was erstreut alle Leut' — seit jeher bis heut' — Kunst geht über die Natur — als Baustoff gilt Beton nur — Naturstein, den laß sein' — Kinder's ist zum Schrein' — Säulenbau, grau in grau — schmucklos wie Augenschau — Glatter Stil, kein Profil — Architektenpiel. — Kunststein- und Betonmanier — ist fürwahrlich keine Zier. — Nur der Not ernst Gebot — den Geschnitz verrotzt. — Friedhofskunst auch verunzt — durch den mayerischen Dunkt. — Rationiert, kontrolliert — und auch schikaniert. — Doch einst leuchtet Sonnenschein — wieder in's Gewerck' hinein — wenn vorbei Mayerei, — Not und Tyranei.

Teuerung und gleitende Lohnstala. Die Preise steigen! Bei den letzten Lohnbewegungen konnte gelegentlich beobachtet werden, daß eine Bestimmung aufgenommen wurde, sofern die Teuerung um weitere 5 Punkte (oder ähnlich) zunimmt, ist eine Revision der Löhne ohne längere Kündigungszeit möglich.

Dieses Beispiel verführt viele Kollegen dazu, ihrerseits die gleiche Forderung zu erheben. Das stimmt bedenklich. Wo die Gewerkschaften stark sind, ist eine solche Bestimmung von untergeordneter Bedeutung. Wo aber diese Voraussetzung mehr oder weniger fehlt, können die Unternehmer leicht eine gegenwärtige Bestimmung in den Vertrag hineinlancieren, daß auch bei Preisentwertung die Löhne entsprechend gesenkt werden. Und das kann unsere Absicht nicht sein!

Wir sind heute auf den Punkt angelangt, daß erst die Lohn- erhöhung für uns einen Gewinn darstellt, soweit sie über die Teue- rung hinausgeht. Die Arbeitgeber behaupten ja immer, die Lohn- erhöhungen wären es, die die Preise in die Höhe treiben. Dabei ist die Lohnhöhe wohl erst in letzter Linie für die Preissteigerung ausschlaggebend. Vielmehr hängt der Preisstand ab von den hohen Zöllen, Steuern, von der Trübsbildung und organisierten Preisbeeinflussung der in Kartelle usw. vereinigten Unternehmer. Weil also das Steigen der Preise vorwiegend unabhängig von der Lohnsteigerung erfolgt, ist es durchweg gefährlich, diese beiden Faktoren miteinander zu verbinden. Dagegen sollte sich jeder ein- zelne Arbeiter darüber klar sein, daß ihm viel besser und gründ- licher geholfen werden kann durch eine gründliche Preisentwertung, als durch eine immer nur unter Mühen zu erreichende Lohn- erhöhung. Die Gewerkschaften selbst können hier nur unmittelbar ihren Einfluß ausüben. Aber sie werden das ganze Gewicht ihrer Macht im öffentlichen Leben einsehen, um der breiten Masse den ihr gebührenden Anteil an der Rationalisierung sobald wie möglich zuzuführen. Inzwischen stärken wir die Konsumgenossenschaften nach Kräften. Diese sind ein vorzügliches Preisregulator. Auf politischem Gebiet ist die beste Aussicht vorhanden, wenn die Ar- beiterklasse endlich einmal dafür sorgt, daß bei den nächsten Wahlen eine Mehrheit in den Reichstag einzieht, die Arbeiterinteressen ver- tritt und nicht die Interessen der Agrarier und Schwerindustrie. Trachten und handeln wir so, dann ist eine direkte Bindung an den amtlichen Index nur schädlich und gefährlich!

Die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit nehmen an Schärfe zu. Gegenwärtig tobt ein harter Kampf in der Tabakindustrie. Die Forderungen der Tabakarbeiter hat der Reichsverband der Zigarrenindustrie mit einer allgemeinen Aussperrung beantwortet. — Ueber 100 000 Arbeiter werden davon ungefähr betroffen. — Die Lohnbewegungen in der reichstheinhischen Textil- industrie sind bisher ergebnislos verlaufen. Die Unternehmer haben auch hier beschlossen, eventuell Streiks mit einer Gesamt- aussperrung der Textilarbeiter im Rechte des reichstheinhischen Bezirks zu beantworten. Hierdurch werden ungefähr 55 000 Arbeiter betroffen. So mehren sich die Fälle, wo kleine Ursachen große Wirkungen haben. Die Unternehmer scheinen jede Forderung der Arbeiterklasse mit Gewalt niederzuschlagen zu wollen. Höchst- kühnheit ist deshalb am Platze.

Die Arbeitslosigkeit weiter rückgängig. Die Erhebungen der Reichsarbeitsverwaltung vom 15. Oktober zeigen einen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Hauptunterstützungs- empfänger in der Arbeitslosenunterstützung betrug am 15. Oktober 329 000 (männlich 285 000, weiblich 64 000) gegenüber 355 000 am 1. Oktober und 381 000 am 15. September. Der Rückgang in der ersten Oktoberhälfte beträgt mithin 26 000 = 7,3 v. H. Auch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung hat in der Zeit vom 15. September bis 15. Oktober einen Rückgang und zwar um rund 21 000 erfahren. Die Gesamtzahl der Krisen- unterstützten betrug am 15. Oktober 113 000 (männlich 90 000, weib- lich 23 000). Die unterstützten Arbeitslosen insgesamt haben in der Zeit vom 15. September bis 15. Oktober eine Verminderung um rund 75 000 und zwar von 517 000 auf 422 000 = 14 v. H. erfahren.

Wo wird am meisten gebaut? Der Reinzugang an Wohnungen betrug auf 1000 der Bevölkerung nach Abzug der Abgänge im Jahre 1926 in Berlin 3,6, Bremen 7,6, Breslau 3,4, Dresden 4,6, Düsseldorf 5,4, Essen 2,4, Frankfurt a. M. 4,5, Hamburg 3,7, Hannover 4,0, Köln 4,9, Leipzig 2,9, München 3,4 und Stuttgart 5,8. Nimmt man diese Statistik zur Unterlage, so stehen die Städte Bremen, Stuttgart und Düsseldorf bezüglich des reinen Zuganges an Wohnungen an erster Stelle.

Haben die Arbeiterinnen nach § 10 des ArbZ. für die Pflaster- und Schotter-Industrie Anspruch auf Ferien?



Ueber diese Streitfrage brachten wir in Nr. 41 des Steinarbeiters eine Entscheidung des Arbeitsgerichtes Würzen, welches sich voll auf unseren bisher vertretenen Standpunkt stellte und die beklagte Firma auf Grund der kürzeren gesetzlichen Arbeitszeit für die Frauen zur anteilmäßigen Gewährung der Ferien verurteilte.

Am 25. Oktober hatte sich das Haupttarif- amt für die Pflasterstein- und Schotterindustrie ebenfalls mit dieser Streitfrage zu beschäftigen. Es wurde dabei folgende einstimmige Ent- scheidung gefaßt:

„Das Haupttarifamt ist der Ansicht, daß allein schon aus § 1 ArbZ. „Beruflieh werden sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen erfaßt“, einwandfrei hervorgeht, daß den Arbeiterinnen ebenso wie den Arbeitern die Ferien nach den ArbZ. § 10 zu gewähren seien. Als Pflicht- arbeitsstunden kommen entsprechend der Tages- leistung nicht 2100, sondern 1575 Arbeits- stunden in Betracht. Hierbei ist selbstverständlich, daß die Ver- gütung nicht für 8, sondern für 6 Stunden zu erfolgen hat.“

Mit dieser von der obersten Instanz gefaßten Entscheidung ist diese jahrelange Streitfrage endlich klar entschieden, daß den in dieser Industrie beschäftigten Arbeiterinnen ein berechtigter An- spruch auf die Ferien zusteht. Es ermächtigt ihnen hieraus die Ver- pflichtung, nunmehr umgehend ihre Rechte geltend zu machen und auf alsbaldige Gewährung der Ferien zu dringen.

Die Schuld der Gewerkschaften. Kommt man heute in eine Verlammlung, dann kann man wieder und wieder hören, daß die Gewerkschaften daran schuld seien, wenn die Bewegung der Jahre 1918/19 sich wie gesehen geändert habe. Auch daran seien sie nicht unschuldig, daß heute nur 30 bis 40 Prozent der deutschen Ar- beiter organisiert sind. Und inwiefern? Mal sind es die Arbeits- gemeinschaften, mal der passive Widerstand, mal dies und mal das. Obwohl Lügen kurze Beine haben, leben sie doch manchmal lange. Und so dürfte es zweckmäßig sein, einiges zu der „Schuld“ der Ge- werkschaften zu sagen.

Bezüglich des passiven Widerstandes und der damaligen Ein- stellung großer Arbeitermassen diene folgender Film in Blick- beleuchtung. Anno 1818/19 waren die Arbeiter Westdeutschlands z. B. so „revolutionär“, daß sie den Großunternehmer Thyssen verhaf- teten, nach Berlin brachten, um ihm dort den Prozeß zu machen. Im Jahre 1921 fühlte derselbe Herr schon soviel kapitalistische Frei- heitsluft, daß er an den damaligen Reichszanzer einen „offenen Brief“ richtete, in welchem er die Verlängerung der Arbeits- zeit, die Abschaffung des Achtstundentages usw. fordern durfte zur „Rettung der deutschen Wirtschaft“, — Gegenkundgebungen seiner vielen Arbeiter sind uns nicht bekanntgeworden. Und 1923? Da wurde der Sohn des gleichen Thyssen von seiner Arbeiterschaft um- jubelet und als nationaler Held gefeiert, als er aus dem Gefängnis der französischen Besatzungsbehörde heraustrat. 1919 — 1921 — 1923, diese drei Jahreszahlen kennzeichnen den Entwicklungsgang großer Arbeiterteile in ihrer Einstellung zum Kapital und deren Vertreter. Will man da noch den Gewerkschaften die Schuld geben? Ähnlich ist es mit der Mär der Arbeitsgemeinschaften. Wir brauchen uns heute doch nur umzusehen. Betrachten wir die Kämpfe in der Textil- und Metallindustrie, in den Brauereien, im Trans- portgewerbe und Bergbau — siehe Mitteldeutschland! —, hatte irgendwo die sogenannte Arbeitsgemeinschaft einen Kampf auf- gehalten oder illusorisch gemacht? Nein! Darum also auch fort mit dem leeren Phrasengedreß. Wenn nur die Arbeiter in den ein- zelnen Industrien und Gewerben gewillt sind, den Kampf um bessere Lebensbedingungen aufzunehmen, die Gewerkschaften sind dazu bereit. Darum keine Worte, sondern auch zur Tat!

BEKANNTMACHUNGEN DER ZAHLSTELLEN-U. GAULEITUNGEN:

Vangendreer. Der Kollege Statikus, Heinrich, hat sein Mit- gliedsbuch verloren Nr. 98 679. — In Glogau ist die Interimskarte, auf den Namen Paul Juszkowiaß lautend, abhanden gekommen. Vor Mißbrauch wird gewarnt!

Zigaretten
aus dem Konsumverein
ein feiner Genuß!
Arbeiterportler 4 Pf.
Thadmor 4 Pf. Zeronth 5 Pf.

ADRESSEN-ÄNDERUNGEN

- Gau: NW. Brate i. Oldenburg. Vorj.: H. Krone, Meyershof b. Brate. — Straßund. Vorj.: Werner Sprenger, Fran- kenwall 24. Kass.: Aug. Rinow, Mühlenstraße 21.
- Gau: Graae. Vorj.: Wilhelm Rüdiger, Groß-Guhrau.
- Gau: Leutewig. Vorj.: Erich Schröder in Leippen b. Ziegen- hain.
- Gau: Hannover. Sektionsleiter der Steinseker in Lehrte: Herman Lütge, Aligje 23 b. Lehrte.
- Gau: Wattenfeld. Vorj. u. Kass.: Fritz Schilling, West- felder Straße 35. — Westhofen. Vorj. u. Kass.: Stephan Schmalbach, Hohenjburg i. Westf., Kreisstraße 13.
- Gau: Weissenstadt. Vorj.: Georg Adernann, Nr. 78. — Rind- nach. Vorj. u. Kass.: Joseph Wilffeuer in Grünbügel, Post Kirchdorf i. Wald. — Fischhaus. Vorj.: Ludwig Bauer in Düring, Post Kuderling (N.-Bay.).
- Gau: Schweinfurt. Vorj.: Adam Weichsel, Luisenpoldstr. 29 III, Kass.: Joseph Bösch in Mürrenstadt b. Schweinfurt.

NEUE BÜCHER-U. ZEITSCHRIFTEN

Als besondere Ruhlandnummer erschien soeben die dritte Nummer des „Klassen- kampfs“. E. Laubsche Verlagsgesellschaft G. m. b. H., Berlin W. 30. Preis für die Einzelnummer 40 Pfg. monatlich (zwei Nummern) 75 Pfg. Diese außerordentlich interessante Nummer setzt sich aus Anlaß der 10jährigen Wiederkehr des Tages der russischen Oktoberrevolution mit dem Problem der russischen Revolution auseinander. Die Ruhlandnummer des „Klassenkampf“ bringt einen sehr lehrreichen Artikel des Genossen Max Adler über unsere Stellung zur dritten Internationale, Siegmund Kuntz, Wien, untersucht sehr tiefgründig und instruktiv die geschichtliche Stellung der russischen Revolution, Theodor Dan, der Führer der russischen Sozialdemokratie, setzt sich in einem Artikel sachlich mit dem Leninismus auseinander. Ueber den Leninismus wird in Deutschland sehr viel geredet, sachliche Auseinandersetzungen mit dem Leninismus wie die von Dan findet man dagegen nur sehr selten. Die Ruh- landnummer bringt ferner einen Beitrag von Paul Levi über den Terror in Ruf- land, einen Aufsatz von Dr. Ernst Gellien über das Strafrecht in Sowjetrußland und einen Beitrag des Vorstehenden der Schweizer Sozialdemokratie, des Genossen Ernst Reinhard, Bern, über die englisch-russischen Gegenläufe.

Der Traducteur, französisch-deutsches Sprachlehr- und Unterhaltungsblatt, hilft erwerbende französische Kenntnisse zu befähigen und zu erweitern. Eine fremde Sprache zu beherrschen hat noch niemals geschadet, wohl aber oft zu einer gutgezahl- ten Stellung verholfen. Probehefte kostenlos durch den Verlag des Traducteur in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

„Der Wahre Jakob“ ist zum Preise von 30 Pfg. pro Exemplar in allen Volks- buchhandlungen zu haben.

Das Einzelheft der „Urania“, Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft, kostet 40 Pfg., der Abonnementpreis für die Ausgabe A (3 Hefte und eine großzügige Buchbeigabe) stellt sich pro Vierteljahr auf 1,60 M., für die Aus- gabe B (3 Hefte und eine in Ganzleinen gebundene Buchbeigabe) auf 2,25 M., Probehefte für Interessenten liefert die Urania-Verlagsgesellschaft m. b. H., Jena.

„Die Gemeinde“, Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land, Verlag J. H. W. Dieß Nachf., Berlin SW 68. Bezugspreis monatlich 60 Pfg. Zu beziehen durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag.

„Frauenwelt“, Halbmonatsschrift Preis 30 Pfg., mit Schnittmusterbogen 40 Pfg., Verlag J. H. W. Dieß Nachf., Berlin SW 68. Bestellungen bei allen Volk- anstalten und Buchhandlungen.

„Aktuelle Reichsbanner-Zeitung“, Erscheint wöchentlich. Postabonnement monat- lich 30 Pfg. Postanstalten und Verlag J. H. W. Dieß, Berlin SW 68, nehmen Bestellungen an.

Soziale Bauwirtschaft, Monatlich zwei Hefte. Bezugsgebühr monatlich 1 M., für Gewerkschaftler monatlich 50 Pfg. Zu beziehen durch: Verlagsgesellschaft ADB, Berlin.

ANZEIGEN

Berlin. Vollversammlung für alle Gruppen

Am Dienstag, dem 22. November, 18 Uhr, findet in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Straße, eine **Vollversammlung** sämtlicher der Zahlstelle Berlin angeschlossenen Berufsgruppen statt.

Tagesordnung: 1. Vortrag über das Arbeitslosenversicherungs-gesetz. 2. Abrechnung vom 3. Quartal. 3. Verschiedenes.

Sehen wegen der Wichtigkeit des ersten Punktes der Tagesordnung ist es Pflicht jedes Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.

Sämtliche Bezirksversammlungen fallen an diesem Tage aus.

Die Ortsverwaltung. I. A.: Gust. Nitsche.

Bezirk Saarmund und Umgeg.

Am Sonntag, dem 20. November, 14 Uhr, **Versammlung** im alten **Gewerkschaftshaus in Michendorf**. Die Ortsverwaltung. I. A.: A. Dörre.

Editer Hanewacker

Pflasterhämmer
aus bestem Schweißstahl
Rammen, Brechstangen
und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

GESTORBEN

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

- In **Hornberg** am 30. September der Granitsteinmetz **Johann Weindl**, 60 Jahre alt, Nervenleiden (12 Wochen krank).
- In **Böbejün** am 19. Oktober der Hilfsarbeiter **Hugo Klein**, 19 Jahre alt, Freitod.
- In **Demig-Thumitz** am 24. Oktober der Hilfsarbeiter **Albert Böhm**, 20 Jahre alt, tödlicher Unfall im Betriebe; am 6. November der Maschinist **Joseph Schmid**, 29 Jahre alt, Lungentuberkulose (2 Jahre krank).
- In **Arnsdorf** am 25. Oktober der Granitsteinmetz **Max Schulze**, 26 Jahre alt, Gehirngrippe (2 Tage krank).
- In **Arnsvalde** am 27. Oktober der Steinseker **Karl Berndt**, 27 Jahre alt, Lungenentzündung (4 Tage krank).
- In **Berlin** am 28. Oktober der Steinseker **Paul Schrö- er**, 37 Jahre alt, Herzkrampf (16 Wochen krank); am 3. November der Steinmetz **Wilhelm Wassmund**, 53 Jahre alt, Lungenbluten (3 Jahre krank).
- In **Marktleuthen** am 4. November der Granitsteinmetz **Erhard Hautmann**, 69 Jahre alt, Herzlähmung.
- In **Strehlen** am 6. November der Brecher **Paul Döbst**, 53 Jahre alt, Blutvergiftung (4 Tage krank).

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold Verlag: Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.